

INHALT

Alleinerziehende

Ein Aktionsplan soll Alleinerziehende und ihre Kinder aus der Armutsfalle holen. **S. 2**

Mikroplastik

Bremen legt auf grüne Initiative einen Aktionsplan für Plastikvermeidung auf. **S. 3**

Gesundheit

Die Grünen drängen auf eine Herstellerabgabe auf Zucker in Softdrinks & Co. **S. 4**

Bremerhaven schuldenfrei

Bremerhaven wird über Nacht schuldenfrei: Das Land übernimmt zum 1.1.2020 die Schulden der Seestadt in Höhe von 1,7 Milliarden Euro. „Die Schuldenübernahme sorgt dafür, dass Bremerhaven jährlich Zinszahlungen von knapp 50 Millionen Euro spart. Die drückende Schuldenlast weicht politischer Handlungsfähigkeit. Die Seestadt kann dadurch z.B. mehr für die Bildungschancen der Kinder und den Klimaschutz machen“, so der Fraktionsvorsitzende Björn Fecker.

Mehr Sicherheit fürs Radfahren



Mehr Platz für Radfahrer*innen, weniger Platz für Autos: Auf geeigneten Strecken im gesamten Stadtgebiet sollen unter Beteiligung der Beiräte geschützte Radfahrstreifen eingerichtet werden. Das sieht ein Koalitionsantrag auf grüne Initiative vor. Die sog. Protected Bike Lanes werden mit einer Breite von mindestens zwei Metern direkt auf der Fahrbahn angelegt und durch Poller oder Baken von der Pkw-Spur ebenso klar getrennt wie vom Fußweg. „Geschützte Radfahrstreifen erhöhen die Verkehrssicherheit und sorgen zugleich für mehr Komfort. Wer nicht ständig Angst vor gefährlichen Situationen wie z.B. zu engem Überholen

haben muss, sattelt eher um. Das ist ein entscheidender Punkt, um mehr Menschen fürs Radfahren zu gewinnen und die klimaschonende Verkehrswende voranzubringen“, erläutert der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe den Vorstoß.

Aus grüner Sicht eignen sich beispielsweise die Parkallee zwischen Stern und Uni oder auch die Friedrich-Ebert-Straße für Protected Bike Lanes. „Aber gerade auch in den äußeren Stadtteilen gibt es viele Strecken, die für den motorisierten Verkehr deutlich überdimensioniert sind. Für eine echte Verkehrswende ist die Umverteilung des öffentlichen Straßenraumes unerlässlich“, so Ralph Saxe.



Aktionsplan für Alleinerziehende

Um das Armutsrisiko von Alleinerziehenden und ihren Kindern zu senken, legt die Koalition auf Initiative der Grünen einen Aktionsplan auf. Der Aktionsplan setzt in den Bereichen Ausbildung, Arbeitsmarkt, Kinderbetreuung und Bürokratieabbau bei Ämtergängen an. Die einzelnen Ansätze werden in einem Landesprogramm gebündelt. Die Umsetzung obliegt einer Steuerungsgruppe mit Vertreter*innen der Senatsressorts für Arbeit, Bildung und Soziales sowie des Magistrats Bremerhaven.

Über 14.000 Menschen in Bremen sind alleinerziehend, zwei Drittel davon sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Besonders alarmierend:

Rund 70 Prozent der arbeitslosen Alleinerziehenden haben keinen Berufsabschluss. „Die allermeisten Alleinerziehenden sind Frauen. Die Entscheidung für Kinder darf nicht dazu führen, dass sie dauerhaft auf Hartz IV angewiesen sind. Ohne Berufsabschluss droht Alleinerziehenden auch Altersarmut. Mit dem Aktionsplan legen wir ein Maßnahmenpaket vor, mit dem sich Alleinerziehende und ihre Kinder aus der Armutsfalle befreien können. Ausbildung, Kinderbetreuung und Teilzeitangebote sind entscheidende Faktoren, damit Alleinerziehende auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können“, erläutert die stellv. Fraktionsvorsitzende Henrike Müller.

Konkret sieht der Aktionsplan Alleinerziehende u.a. ein spezielles Arbeitsmarktprogramm für Alleinerziehende vor, mit dem ihre Vermittlung in eine Ausbildung oder einen Job erleichtert werden soll. Außerdem sollen Alleinerziehende die Möglichkeit erhalten, ihren Schulabschluss oder ihre Ausbildung in Teilzeit zu machen. Ein entscheidender Baustein des Aktionsplans ist die flexible Kinderbetreuung. Neben einem Modellprojekt für eine 24-Stunden-Betreuung soll die Randzeitenbetreuung ausgebaut werden. Vorgesehen ist eine Kita pro Stadtteil, die eine Betreuung über die üblichen Zeiten hinaus anbietet.

Mikroplastik eindämmen

Grüne fordern Konzept, mit dem die Umwelt besser vor dem immensen Abrieb von Autoreifen und Plastikgranulat von Kunstrasenplätzen geschützt wird.

Luft, Wasser und Böden sind zunehmend mit Mikroplastik verschmutzt. Mehr als 330.000 Tonnen Mikroplastik sammeln sich laut Fraunhofer-Institut für Umwelt allein in der Bundesrepublik pro Jahr in der Umwelt an. Das ist nicht nur eine Gefahr für die Umwelt und Tiere, sondern auch ein Risiko für die menschliche Gesundheit. Die Aufnahme von Mikroplastik erfolgt z.B. über Fisch, Plastikflaschen oder auch die Atemluft. „Die Belastung der Umwelt mit Mikroplastik ist alarmierend. Während die Verschmutzung der Ökosysteme bereits weit fortgeschritten ist und Tieren schadet, sind die Folgen von Mikroplastik für die menschliche Gesundheit unklar. Die Forschung dazu steht noch ganz am Anfang. Umso mehr kommt es darauf an, die Kunststoffe in der Umwelt deutlich zu verringern. Als Stadtstaat haben wir einige Möglichkeiten, die wir zum Schutz der Umwelt und Gesundheit konsequent nutzen müssen“, betont der umweltpolitische Sprecher Ralph Saxe.

Die Grünen-Fraktion hat nun eine Initiative ins Parlament eingebracht, um die Umweltbelastung durch Plastik einzudämmen und die Plastikherstellung zu verringern. Ein Kernpunkt: die Intervalle der Straßenreinigung möglichst erhöhen und ein Konzept für weniger Plastiknutzung

beim Straßenbau und bei Fahrbahnmarkierungen entwickeln. Denn der Abrieb von Autoreifen stellt mit Abstand die größte Quelle für Mikroplastik dar. Das hat das Fraunhofer-Institut in einer Studie berechnet. Ein gängiger Pkw-Reifen ist am Ende seiner Nutzungsdauer bis zu 1,5 Kilogramm dünner. Der Reifenabrieb wird vom Regen von der Straße nicht nur in die Kanalisation, sondern nahezu überall hin gespült. Auch der Abrieb von Bitumen aus Asphalt sowie von Fahrbahnmarkierungen gehört zu den größten Verursachern von Mikroplastik-Verschmutzung.

Ebenso gelangt Plastikgranulat von Kunstrasenplätzen durch Verwehungen und Abspülen der Schuhe in die Umwelt. Für eine Übergangszeit bis zum Austausch des Plastikgranulats

sollen die Kunstrasenplätze deshalb besser gesichert und Filter in die Wasserabläufe eingebaut werden.

Mikroskopisch kleine Plastikkügelchen finden sich an vielen Stellen im Alltag. Sie werden z.B. Peelingcremes beigemischt und landen nach Gebrauch im Abwasser. Bestehende Kläranlagen können das Mikroplastik nicht komplett aussieben, so gelangt es in Gewässer. Darum wollen die Grünen eine vierte Reinigungsstufe der Kläranlage geprüft wissen.

Nicht zuletzt soll Bremen einen Aktionsplan zur Vermeidung von Plastikmüll auflegen. Dazu gehört der Verzicht auf Plastikartikel bei der öffentlichen Beschaffung und Veranstaltungen. Stattdessen sollen Repair Cafés oder auch Mehrwegbehaltersysteme unterstützt werden.



Zucker mit Abgabe belegen

Grüne wollen angesichts von immer mehr Übergewichtigen übersüßte Softdrinks & Co. verteuern.

Die Zahl der übergewichtigen Erwachsenen nimmt wie bundesweit auch in Bremen und Bremerhaven seit Jahren zu. Fast jedeR zweite Erwachsene und über zehn Prozent der Erstklässler*innen bringen deutlich zu viele

Pfunde auf die Waage. Die Folge: ein erheblich erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes. Eine Mitschuld daran muss sich auch die

Lebensmittel- und Getränkeindustrie mit ihren z.T. völlig überzuckerten Produkten vom Softdrink bis zur Fertigpizza zuschreiben lassen. Um den Anteil des gesundheitsgefährdenden Süßmachers zu senken, soll Bremen im Bund darauf drängen, eine Herstellerabgabe auf Getränke und Lebensmittel mit einem übermäßigen Zuckeranteil einzuführen. Außerdem soll die Präventionsarbeit in Bremer Kitas und Schulen verstärkt werden. Das sieht ein von den Grünen initiiertes Antrag der Koalition vor.



„Der Staat darf die Interessen der Industrie nicht länger über den Schutz der Verbraucher*innen oder gar Kinder stellen. Die Herstellerabgabe auf Zucker ist ein probates Mittel, den Süßstoff gegen

die Profitinteressen der Lebensmittel- und Getränkeindustrie zurückzudrängen. Großbritannien hat mit einer Zuckersteuer bereits gute Erfahrungen gemacht. Dort haben die Hersteller

den Zuckeranteil gesenkt - hier verkaufen sie ihre Softdrinks weiterhin mit zu hohem Zuckeranteil auf Kosten unserer Gesundheit. Das müssen wir ändern“, so der ernährungspolitische Sprecher Jan Saffe.

Der Antrag sieht ferner vor, den sog. Nutriscore mit Ampelfarben zur verpflichtenden Kennzeichnung zu machen. Diese Lebensmittelampel schafft mehr Transparenz. Verbraucher*innen können so auf einen Blick versteckten Zucker, Fett und Salz erkennen.

Gegen Gewalt an Frauen

Schläge, Vergewaltigung oder auch Stalking – häusliche Beziehungsgewalt ist bitterer Alltag für viele Frauen. Allein im Land Bremen wurden im Vorjahr über 2000 Fälle verzeichnet. Um häusliche Gewalt einzudämmen, hat die Bürgerschaft auf grüne Initiative bekräftigt, dass ein Landesaktionsplan aufgelegt und die Frauenhäuser gesichert werden müssen. Außerdem soll Bremen eine eigene Flagge entwickeln, die Gewalt an Frauen ächtet. „Die Flagge soll fürs Hinschauen und Einschreiten sensibilisieren. Der Landesaktionsplan soll die vielen guten Angebote gegen Gewalt an Frauen noch enger vernetzen. Nötig sind auch genügend Schutzräume“, so die stellv. Fraktionsvorsitzende Henrike Müller.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen
Tel.: 0421 / 3011-0
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
VISdP: Matthias Makosch
Texte: Matthias Makosch
Fotos: iStockphoto, Philipp Böhme

Druck: Geffken & Köllner, Bremen